

Chronik der laufenden Ereignisse ...

In der BLZ 9/08 berichteten Harry Eisenach und Herbert Wehe, dass wesentliche Fragen aus dem Fachausschuss „Schulentwicklung“ herausgenommen und in die Bildungsbehörde verlagert wurden. In der September-Deputation legte nun die Senatorin für Bildung eine Liste der „Modellprojekte“ vor, die folgendermaßen aussah:

„Beratung bis zur Antragstellung. Beratungscluster

Verbünde

SZ Sebaldsbrück, Wilhelm-Olbers-Schule, SZ Julius-Brecht-Allee, ISS Carl-Goerdeler-Straße, SZ Sek II Kurt-Schumacher-Allee.

SZ Habenhausen, ISS Obervieland, Gy Obervieland, FöZ Obervieland

Gesamtschule West, ISS Helgolander Straße, ISS Joh.-H.–Pestalozzi, SZ Sek II Rübekamp.

Schule Landskronastraße, Schule Grambker Heerstraße, SZ Helsinkistraße, SZ Sek II Alwin-Lonke-Straße.

Fusionen

SZ Sek II Blumenthal, SZ Lehmhorster Straße.

SZ Waller Ring, SZ Sek II Walle.

Solitäre Sek I-Schulen

SZ Butjadinger Straße, SZ Schaumburger Straße, Wilhelm-Kaisen-Schule, Schulverbund Lesum.

Neue Gyo

SZ Findorff, SZ Lerchenstraße, Albert-Einstein-Schule, SZ Ronzellenstraße.

Sekundarstufe I und Berufliche Gymnasien

SZ Flämische Straße und Wilhelm-Wagenfeld-Schule, ISS Gerhard-Rohlf's-Schule und SZ Sek II Vegesack.

Grundschulen und Sekundarstufe I

Schule Curiestraße und ISS Bergiusstraße,

Schule Parsevalstraße und SZ Sebaldsbrück,

Schule Pfälzer Weg und SZ Koblenzer Straße.“

Diese Liste hat sich seitdem mehrfach verändert und verändert sich noch.

GEW, ZEB, GSV und die Schulleitungsvereinigung reagierten auf die Entwicklung mit kritischen Erklärungen.

Gemeinsame Erklärung von GSV, ZEB und GEW

„Das Ziel, die Verbesserung von Bildungschancen aller Kinder und Jugendlichen durch längeres gemeinsames Lernen von Anfang an, ist für uns nicht mehr erkennbar.

Entgegen dieser Zielsetzung - so befürchten wir - setzt die Senatorin und die Bildungsbehörde nicht mehr vorrangig auf die Verbesserung der Situation in den Grundschulen.

Wir befürchten, dass sich die Oberschule zur neuen ungeliebten Restschule entwickelt. Denn solange es immer noch eine "bessere" Schule gibt, beginnt Selektion und Ausgrenzung weiterhin in der Schule. Wir befürchten, dass insbesondere Sonder- und SekundarschülerInnen im neuen System weiterhin auf der Strecke bleiben.

Wir vermissen zurzeit eine erkennbar gestaltete bildungspolitische Planung, die die Zukunft aller Schulen mutig vorantreibt.“

Die Schulleitungsvereinigung warnt: Innere Schulreform bleibt auf der Strecke

„Der Schulleitungsverband betrachtet mit großer Sorge, dass viele schulische Initiativen der inneren Schulreform durch die aktuelle politische Debatte über die Neugestaltung der äußeren Organisationshüllen der Schulen zum Erliegen kommen. ...

Das Bremer Schulwesen leidet nach Auffassung der Schulleitungsvereinigung an mangelnder Zuverlässigkeit der Zielsetzungen und an kontinuierlicher Veränderung der Organisationsform. Es ist die fehlende Stabilität, die die innere Schulentwicklung behindert und nicht etwa der Mangel an Erfahrungen in experimentellen Organisationsprozessen.

Die reale Situation der Schulen wird in der aktuellen Diskussion nicht ausreichend beachtet. Das zeigt sich z.B. an der engen Terminsetzung, die für die Aufnahme in das Modellschulverfahren vorgesehen ist. Diese lässt weder eine substanzielle Diskussion in den Schulen noch eine ausreichende Beteiligung der schulischen Gremien zu. ...

Schon heute sind die Schulen chronisch unterfinanziert. Die jetzige Debatte weckt Hoffnungen, die bei Beibehaltung des aktuellen Finanzierungsvolumens nicht erfüllt werden können. ...“

Schulleitungen der Gymnasien fordern Aufnahmeprüfung

Auch die Schulleitungen der Gymnasien haben mit einem Papier reagiert, das wir hier auszugsweise dokumentieren.

„Ein solches Szenario bringt den Gymnasien eine erhebliche Verschlechterung der Rahmenbedingungen und behindert damit unmittelbar deren unterrichtliche Qualitätsentwicklung.“

Es werden u.a. folgende Forderungen erhoben:

„Aufnahmeverfahren (Übergang von Klasse 4 nach 5)

- Nach wie vor geben die Grundschulen eine Gymnasial-Empfehlung.
- Wollen Eltern ihr Kind für das Gymnasium anmelden und dies widerspricht der Grundschulempfehlung (abweichender Elternwille), so ist eine Aufnahme nur nach einer erfolgreichen Aufnahmeprüfung möglich.

Verfahren bei erheblich unzureichenden Leistungen (trotz Förderangebot der Schule)

- Der Wechsel auf die Oberschule darf mit der Option empfohlen oder veranlasst werden, nach 13 Schuljahren das Abitur ablegen zu können.

Kriterien für diesen Wechsel sind:

- Zweimalige Nichtversetzung in derselben Klassenstufe
- Zweimalige Nichtversetzung in aufeinander folgenden Klassenstufen ...“.

Inzwischen haben auch die bildungspolitischen Parteitage der Grünen und der SPD stattgefunden. Im Folgenden Auszüge aus dem Beschluss der Grünen. Auf den SPD-Parteitag werden wir im nächsten Heft eingehen.

Beschluss der Grünen

„Die Übergänge zwischen den Einrichtungen sind gleitend zu gestalten, um Brüche in der Bildungsbiographie zu vermeiden. Daher müssen Schulen und Kindergärten verbindlich

miteinander kooperieren. Wichtig ist darüber hinaus die flächendeckende Einführung von gleitenden Eingangsphasen an Schulen. ...

Grundschulen

Die Grundschulen sind Gemeinschaftsschulen für alle Kinder. Sie arbeiten mit den Förderzentren integrativ zusammen. Frühe individuelle Förderung und Integration braucht in den Grundschulen eine zeitweise Doppelbesetzung durch AssistentInnen.

Grundschulen sollen weiterentwickelt werden in Richtung einer STADTTEILSCHULE von Klasse 1 bis 10. Die bestehenden sechsjährigen Grundschulen sollen sich hin zu einer zehnjährigen Schule entwickeln können. ...

Die Eltern entscheiden in Bremen beim Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe I den weiteren Bildungsweg ihrer Kinder. Grundschulen und aufnehmende Schulen beraten die Eltern bei ihrer Entscheidung. Schulen übernehmen Verantwortung für ihre Schülerinnen und Schüler, sie führen sie mindestens bis zum ersten Schulabschluss. Das Wiederholen einer Klasse erfolgt nur noch auf Antrag der Eltern.

Sekundarstufe I

Wir wollen die Schulzentren zu STADTTEILSCHULEN weiterentwickeln. Sie sollen alle Bildungsabschlüsse einschließlich des Abiturs anbieten. Dafür werden ihre Gymnasial- und Sekundarschulzweige schrittweise miteinander verschmolzen. Die STADTTEILSCHULE ermöglicht sowohl den mittleren Abschluss nach der 10. Klasse als auch den Weg zum Abitur in 12 oder 13 Jahren. Sie kooperiert eng mit den Oberstufenzentren.

Die Schulen sollen sich spätestens bis zum Schuljahr 2011/12 zu STADTTEILSCHULEN entwickeln. Ein Übergang kann auch schrittweise erfolgen. Die Sekundarschule soll sukzessive auslaufen.

Form und Weg der Umwandlung in eine Stadtteilschule werden auf Antrag der Schule festgelegt. Die Umwandlung wird begleitet und benötigt ein qualifiziertes Schulentwicklungsteam. Eine Umwandlung führt die Schule zur Neugründung. LehrerInnen und Schulleitung sollen sich für die Schule neu bewerben. Die Schulleitung entscheidet bei der Einstellung des Personals. Das Kollegium wird entsprechend fortgebildet.

Durchgängige Gymnasien bieten den Bildungsgang von Klasse 5-12. Sie bieten drei, mindestens zwei Fremdsprachen an. Wir sehen keinen Bedarf für weitere durchgängige Gymnasien. ...

Die FÖRDERZENTREN werden schrittweise in den allgemeinbildenden Bereich einbezogen. Das Recht auf angemessene Förderung und die Schulassistenz werden als Rechtsanspruch in das Schulgesetz aufgenommen. Die Eltern erhalten ein Wahlrecht, ob ihre Kinder inklusiv unterrichtet werden sollen.

Sekundarstufe II

Soweit STADTTEILSCHULEN keine eigene gymnasiale Oberstufe anbieten, kooperieren sie mit den Oberstufenzentren. Oberstufen benötigen eine Mindestbreite von 110 SchülerInnen pro Jahrgang, um ihren Schülerinnen und Schülern ein differenziertes Profil- und Kursangebot bieten zu können. Die Oberstufenzentren in Bremen haben sich qualitativ bewährt.“